

zugefügt: 45 Chten.  
04 Rüge, 351 Rükter  
urden erlöst: Döfien  
M., Wullen 1. Qual.  
er 1. Qual. 690-760  
50-660. N. 2. Qual.  
Qual. 770-830 M.  
Schweine 1. Qual.  
Qual. 880-980 M.

Tag des Sommer-  
eingeführt, gut aus-  
Mari Ungerer von der  
shöhe in seinem um-  
at an, daß der Herr  
die Herrschaft über  
des Autos hat kri-

und Samstag,  
erstag und Freitag  
Erwärmung zu er-

Mis., abends  
er Witterung)

rt  
agen

weizenstein.  
Kinder unter 14  
arten je die Hälfte.

axis  
nd.

den:  
hr  
hr  
ranken-  
ndern.

Berkauf.  
iertag) von vorn  
rau Schreiner Schöfer  
1 Eß- und 1  
Sofa, 1 Rük-  
Gaslampe, Kü-  
em. Hausrat.

igerung.  
Auftrag am Freitag  
Steinbruch bei der

öste und Stroß-  
Haipfel und 1  
1 Kleider- u.  
tisch, 1 schöne  
isch, Rükenge-  
1, Porzüt, 2  
5.  
inventierter Kolb.



Calmer Calw  
Nr. 144. Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf.  
Freitag, 24. Juni 1921. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugs-  
preis Mt. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Die Entente und die Kriegsgefahr im Osten.

#### Die Pläne der Bolschewisten im Osten.

London, 23. Juni. Wie die „Morning Post“ aus Reval meldet, ist in Moskau der dritte Kongress der dritten Internationalen eröffnet worden. Der augenblickliche Vorsitzende, erklärte Vertretern der ausländischen Presse, das Programm des Kongresses sehe eine Offensive des Proletariats in naher Zukunft vor. Einer der wichtigsten Punkte des Programms sei die Zusammenfassung aller Kräfte auf die Propaganda- und Revolutionstätigkeit im Osten. In einer vor Eröffnung des Kongresses gehaltenen Rede erklärte der Volkskommissar Trotzky: Wir müssen mit revolutionärem Geiste nicht nur den Westen bearbeiten, sondern auch den Osten und vor allem die östlichen Kolonien der Großmächte, auf die der Kapitalismus augenblicklich seine Hoffnung baut. Wir haben unsere Missionen bezüglich des unmittelbaren Ausbruchs der Weltrevolution begraben. Der kommende Kampf wird ein blutiger sein. Die Frauen werden nicht die passive Rolle von Pflegerinnen und barmherzigen Schwestern ausüben, sie werden mit den Männern in den ersten Reihen des Proletariats kämpfen.

### Die Angst Englands vor der bolschewistisch-türkischen Freundschaft.

London, 23. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel die Ankunft des neuen bolschewistischen Botschafters bei der türkischen nationalistischen Regierung in Angora mit einem Gefolge von 56 Personen. Der Entsendung der russischen Mission wird angesichts der Drohung Angoras mit einer englandfeindlichen Politik im Orient besondere Bedeutung beigegeben.

### Die englischen Ausgaben für den Krieg in Rußland.

London, 24. Juni. Im Unterhaus teilte gestern Sir Robert Horne mit, daß die gesamten Kosten seit dem Waffenstillstand für Operationen zu Lande und zu Wasser in Rußland einschließlich der Ausgaben für Flüchtlinge in Südrußland etwa 17 135 000 Pfund Sterling betragen.

### Rußland will als souveräner Staat anerkannt werden.

London, 23. Juni. „Daily Telegraph“ meldet, daß Krassin um eine persönliche Unterredung mit Lloyd George nachgesucht habe. Er habe jetzt den Auftrag erhalten, darauf zu bestehen, daß der Sowjetregierung die endgültige Anerkennung einer gesetzlich bestehenden souveränen Macht zuteil werde.

### Möglichkeit eines Zusammenbruchs des polnischen Staats?

Wiesl, 23. Juni. Aus Wien wird dem „Stuttg. Neuen Tagbl.“ gemeldet: In Polen verschärft sich die Krise zusehends. Man spricht dort bereits allgemein von einem Zusammenbruch des Staates. Eine Zweiteilung des heutigen Polens wird noch als die günstigste Lösung betrachtet. Hier eingetroffene polnische Finanzleute sagen die völlige Entwertung der polnischen Wäuta in nächster Zeit voraus. Diese Auffassung wird nicht nur mit den innerpolitischen Zuständen begründet, sondern auch mit der sicher zu erwartenden Abdrückung kleiner Gebietsstücke an Deutschland und Rußland nach Inkrafttreten der internationalen Sowjet-Handelsverträge. — Man wird diese Nachricht mit größter Vorsicht aufzunehmen haben, denn vorläufig glauben wir noch nicht, daß die Entente, besonders aber Frankreich, die Polen als „Pufferstaat“ bzw. Bundesgenossen aufgeben wird, wenn nicht ganz triftige Gründe (Orient und asiatische Frage) sie dazu zwingen.

### Angebliche bolschewistische Beteiligung beim Verschwinden amerikanischer Dampfer.

Newport, 23. Juni. Zu dem Verschwinden dreier amerikanischer Dampfer im Atlantischen Ozean gibt die Polizei jetzt bekannt, es seien vor 18 Monaten bei der Durchsuchung des Hauptquartiers des Verbandes russischer Arbeiter in den Vereinigten Staaten und in Canada Schriftstücke beschlagnahmt worden, aus denen hervorgehe, daß die amerikanischen Schiffe planmäßig auf offener See beschlagnahmt und nach Sowjetrußland geführt werden sollten. — Man wird diese Nachricht mit größter Vorsicht aufnehmen müssen.

### Immer wieder eine Hinanschlebung des Friedensschlusses Amerikas mit Deutschland.

Paris, 23. Juni. Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, ist in gemeinsamer Sitzung vom Repräsentantenhaus und Senat gestern auf Betreiben der Mitglieder des Repräsentantenhauses die Resolution verlesen, die den Friedenszustand mit Deutschland erklärt, zurückgestellt worden.

### Amerikanische Demonstrationsschiffahrt nach Australien.

Berlin, 24. Juni. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Saag gemeldet: Aus Sidney wird berichtet, daß das amerika-

nische Pacific-Geschwader demnächst in Australien einen Besuch abstatten wird. Diese Meldung trifft sicherlich nicht ohne Rücksicht im Augenblick des Zusammentritts der britischen Reichskonferenz in London ein. — Die „friedensfreundlichen“ Amerikaner tun alles, um Japan herauszufordern.

### Amerika der Weltbankier.

Paris, 23. Juni. „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit, daß nach Erklärungen des Schatzamtes der gesamte Goldbestand der Vereinigten Staaten in privater und öffentlicher Hand gegenwärtig annähernd 3 1/2 Milliarden Dollar betrage. Das seien etwa zwei Drittel des gesamten Goldvorrates der Welt. — Das war das Ziel des Weltkrieges.

### Die australische Arbeiterpartei gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

Melbourne, 23. Juni. Die australische Arbeiterpartei hat eine Entschließung gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Vertrags angenommen.

### Zur Lage in Oberschlesien.

#### Die Reichsregierung und der Räumungsplan.

Berlin, 24. Juni. Laut „Völkischer Zeitung“ ist die Reichsregierung gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Bericht des aus Oberschlesien zurückgekehrten Ministerialdirektors von Malsbahn entgegenzunehmen. Nach dem Bericht ist zwischen General Henniker und General Höfer ein Einvernehmen über die Räumung Oberschlesiens erzielt worden. Diese Vereinbarung wird die Grundlage abgeben für die von der Interalliierten Kommission zu erlassenden Anordnungen. Nach dem Abkommen soll die Räumung Oberschlesiens innerhalb sieben Tagen vollständig durchgeführt sein. Zunächst müssen die polnischen Insurgenten innerhalb 36 Stunden eine neue Linie erreicht haben, die westlich von Lublinitz liegt und die Stadt Gleiwitz freiläßt. Erst wenn die Polen diese Linie erreicht haben, wird der deutsche Selbstschutz sich von der gegenwärtigen Linie zurückziehen und zwar so, daß er mit dem nördlichen und dem südlichen Flügel in je einem Halbkreis einschwenkt. Zwischen den beiden Halbkreisen wird vollständig geräumt. Die neue deutsche Linie wird im Norden etwa östlich Kreuzburg, im Süden östlich Oberglögen liegen. Nachdem der deutsche Selbstschutz diese Linie erreicht hat, müssen sich die Polen an die deutsch-polnische Grenze zurückziehen. Erst nach der vollständigen Räumung Oberschlesiens durch die Insurgenten hat der Selbstschutz die beiden Halbkreise zu räumen und sich aufzulösen. Die interalliierten Truppen werden das jeweils geräumte Gebiet sofort besetzen. Nach Beendigung der Räumung dürfen sich im Abstimmungsgebiet nur noch alliierte Truppen befinden.

Unmittelbar nach der Kabinettsitzung machte der Reichskanzler den Parteiführern Mitteilung von dem zwischen General Henniker und General Höfer abgeschlossenen Abkommen. Die Parteien haben sich darauf geeinigt, daß die Besprechung der Interpellation über Oberschlesien auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Auch die Einbringer der Interpellation, die Deutsch-Nationalen, haben dem zugestimmt, weil sich auch der Ver-Ausschuss dahin ausgesprochen hat, daß die Interpellationsdebatte im gegenwärtigen Augenblick ungewinnlich sei.

Die „Völkische Zeitung“ bemerkt dazu, daß durch die Vertagung der Interpellationsdebatte eine Gefahr, die dem Kabinett Wirth drohe, beseitigt sei. Nicht nur innerhalb der Opposition, sondern auch der Koalition sei man in den letzten Tagen zu der Meinung gelangt, daß das Schicksal des Kabinetts Wirth von dem Oberschlesiens abhängt. Die Fortführung der Politik der aufrichtigen Erfüllung sei nur möglich, wenn die Regierung Wirth auch auf Erfolge dieser Politik hinweisen könne und auch eine für Deutschland unglückliche Entscheidung über Oberschlesien würde das Kabinett Wirth und die Politik auf das allerwertigste gefährden.

### Die englische Regierung über die englisch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 24. Juni. Chamberlain erklärte über die Konferenz Lord Curzons mit Briand, die Lage in Oberschlesien sei erspöndend genug geprüft worden. Dem Plane der progressiven Zurückziehung der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes aus dem strittigen Gebiet sei zugestimmt worden. Die alliierten Streitkräfte, die annähernd 20 000 Mann zählten, sollten für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem geräumten Gebiet solange verantwortlich sein, als die Entscheidung des Obersten Rats über die zukünftige Grenze noch in der Schwebe sei. Es sei beschlossen worden, den alliierten Kommissionen in Oberschlesien jede mögliche Unterstützung sowohl am Orte selbst als auch durch Vorstellungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zu gewähren. Um die endgültige Lösung zu beschleunigen, sei ferner beschlossen worden, die Kommission zu fragen, ob sie nicht mit Rücksicht auf die ge-

änderten Verhältnisse innerhalb angemessener Zeit einen gemeinsamen Bericht anstelle der vor einigen Wochen abgegebenen Teilberichte erstatten könne. Falls Unterstützung durch technische Beamte gewünscht werde, würden diese zur Verfügung gestellt. Falls keiner dieser Wege als praktisch oder angängig angesehen werde, seien die Alliierten bereit, die Angelegenheit einem in London oder Paris tagenden Technischen Ausschuss zu überweisen, um dem Obersten Rat bei seiner endgültigen Entscheidung behilflich zu sein. Es sei zugestimmt worden, daß der Oberste Rat im nächsten Monat in Boulogne zusammentreten solle, wo dieser und andere Gegenstände behandelt würden. Die Pariser Verhandlungen seien durchaus vom Geiste größter Freundschaft getragen gewesen und der Wunsch der Mächte, im engsten Zusammenwirken vorzugehen, sei aufs neue zum Ausdruck gekommen.

### „Neutralisierung“ Oberschlesiens.

Berlin, 23. Juni. Von einer vorzüglich unterrichteten Stelle wird der „Süddeutschen Zeitung“ mitgeteilt, daß Curzon und Briand sich grundsätzlich über die ober-schlesische Frage geeinigt haben. Angeblich kann man keine Grenzlinie finden, die die Polen und die Deutschen befriedigt, also sei es das Beste, das ganze ungeteilte Abstimmungsgebiet zu neutralisieren und ihm unter einem Entenkommisnar eine ähnliche Autonomie zu gewähren, wie dem Freistaat Danzig. Diese Lösung ist den Franzosen deshalb so sympathisch, weil dann bestimmt mit einer polnisch „friedlichen Durchdringung“ Oberschlesiens im Laufe der Jahre zu rechnen sei. Die Polen würden nur zum Schein anfangs lärmenden Protest erheben. Aber gefährdet sei dieses grundsätzliche Uebereinkommen, so wird uns von der derselben Stelle weiter erklärt, durch den letzten Bericht des französischen Botschafters in Berlin. Er habe dringend die Verdoppelung der Ententetruppen in Oberschlesien verlangt, weil der dortige deutsche Selbstschutz so stark und so gut ausgerüstet (1) und diszipliniert sei, daß er, wenn er wirklich einmal nach endgültiger Enttäuschung losbräche, im Handumdrehen das ganze Land von den polnischen Banden rein fegen könne. — Das würde auf die vollständige Abtrennung Oberschlesiens hinauslaufen und den Bestimmungen des Friedensvertrags direkt zuwiderlaufen.

### Neue Angriffsabsichten der polnischen Aufreißer.

Oppeln, 23. Juni. Die Lage im ober-schlesischen Industriegebiet ist nach wie vor unverändert ernst. Nach zuverlässigen Mitteilungen nehmen die Polen hier Neuformierungen und Umgruppierungen ihrer Streitkräfte vor. In verschiedenen Gegenden, so im Ratz von Ratibor, werden von den Insurgenten Schützengraben ausgehoben, wozu hauptsächlich Deutsche herangezogen werden, darunter auch 50 Frauen aus Czermionka. Die Angriffsabsichten der Insurgenten auf die großen Städte des Industriebezirks, die noch immer von ihnen eingeschlossen sind, bestehen weiter. Die Verzweiflung der Bevölkerung dieser Städte ist kaum noch zu schildern. Im Rücken der Insurgenten bilden sich kommunistische Banden, die Angriffsabsichten zeigen. — Kampfhandlungen haben nur in kleinerem Umfange bei Rasow stattgefunden, wo ein kleiner Angriff der Insurgenten abgeschlagen wurde.

### Das endgültige Abstimmungsergebnis.

Berlin, 24. Juni. Das Organ der Interalliierten Kommission in Oppeln veröffentlicht jetzt die amtlichen Abstimmungszahlen. Danach haben 60 Prozent der Stimmen für Deutschland gelautet. Von sämtlichen Gemeinden haben 55 Prozent eine deutsche Mehrheit erhalten. In den drei Wahlkreisen Kreuzburg, Leobschütz und Ober-Oppeln gibt es nach der amtlichen Feststellung überhaupt keine einzige Gemeinde mit polnischer Mehrheit. Im ganzen Abstimmungsgebiet ist eine einzige Stadt mit polnischer Mehrheit festzustellen, nämlich Alt-Verum im Kreis Pleß, wo 1172 polnische und 225 deutsche Stimmen abgegeben worden sind.

### Die Kriegsschuldigenhege der Entente.

London, 24. Juni. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte gestern der Generalsstaatsanwalt in Beantwortung einer Anfrage, es bestehe nicht die Absicht, dem Haus den von dem Generalsstaatsanwalt erstatteten Bericht über die Leipziger Prozesse vorzulegen. Dieser sei lediglich zur Information des Kabinetts bestimmt. Sobald die gegenwärtig laufende Reihe von Prozessen abgeschlossen sei, werde das Haus Gelegenheit erhalten, darüber zu diskutieren, wenn der allgemeine Wunsch seiner Mitglieder dahin gehe. Aber es sei von Wichtigkeit, daß vorzeitige Meinungsäußerungen vermieden würden, insbesondere weil es sich hier um einen Gegenstand handle, bei dem die Alliierten gemeinsam vorgehen müßten. Kapitän Wedgewood Benn fragte, wann die Entscheidung der Alliierten über ein weiteres Vorgehen getroffen werden würde, da die bereits ergangenen Urteile als Verhöhnung angesehen werden müßten. Der Generalsstaatsanwalt erwiderte, es sei ganz klar, daß, be-

vor die französischen Fälle verhandelt seien, eine Zusammenkunft der Alliierten keinem nützlichen Zweck dienen könne.  
London, 23. Juni. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte der Generalsekretär Sir Balfour, mehrere englische Zeugen aus den Leipziger Prozessen hätten bei der englischen Regierung Vorstellungen bezüglich der Art erhoben, in der ihre Befundungen behandelt worden seien. Sobald die gegenwärtige Reihe der Leipziger Prozesse zum Abschluß gelangt sei, sei beabsichtigt, mit den anderen Mächten in Erwägungen über die weitere Verfolgung der Kriegsbefehlshaber einzutreten. In dessen sei einstweilen noch nicht geplant, bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben.

**Belgien und die Kriegsbefehlshaberprozesse.**  
Brüssel, 23. Juni. (Agence Belge.) In der Kammer erklärte der Justizminister bei der Beratung des Justizbudgets im Hinblick auf die Leipziger Kriegsbefehlshaberprozesse, er hoffe, daß die Alliierten, mit denen Belgien sich zum Zweck einer gemeinsamen Politik ins Einvernehmen setzen werde, die Aburteilung aller Befehlshaber verlangen würden, insbesondere derjenigen, auf deren Anordnung die Grausamkeiten und Missetaten von Edoven, Andenne und Grammont zurückzuführen seien. — Und die Schandthaten der belgischen Zivilbevölkerung gegen die deutschen Soldaten?!

### Zur auswärtigen Lage. Der deutsche Protest gegen die Mißhandlung Deutscher in Polen.

Berlin, 23. Juni. Der deutsche Botschafter in Paris hat am 21. Juni der Botschafterkonferenz eine auch den Regierungen in London und Rom mitgeteilte Note übergeben, in der auf Grund eines Verichts über die schweren Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen Deutsche im abgetretenen ehemaligen deutschen Gebiet, in Ostrowo, am 2. Juni hervorgehoben wird, daß die polnischen Behörden verläumt haben, rechtzeitig in entscheidender Weise zum Schutz der Verfolgten einzugreifen, obwohl ihnen die Anzeichen des sich vorbereitenden Pogroms nicht unbekannt geblieben sein konnten. Die polnische Regierung habe wohl diese unerhörten Verbrechen nicht nur nicht bestraft, sondern sich darauf berufen, daß die Ereignisse durch die Entlassung polnischer Arbeiter in Deutschland hervorgerufen worden seien. In der Tat seien an einzelnen Stellen in Deutschland durch Betriebsräte in der Erregung über den polnischen Aufstand in Oberschlesien eigenmächtig Entlassungen vorgenommen worden. Die deutsche Regierung habe aber sofort Schritte unternommen, um einer Wiederholung des Vorgehens der Betriebsräte vorzubeugen. Innerhalb zweier Jahre seien infolge der immer schwieriger sich gestaltenden Lebensbedingungen für die nichtpolnische Minderheit Tausende von Gewerbetreibenden, Handwerkern und Arbeitern zur Aufgabe ihrer Berufstätigkeit und zur Abwanderung aus dem abgetretenen Gebieten gezwungen worden. Die rund 600 000 in Deutschland lebenden Polen könnten demgegenüber nach wie vor fast ausnahmslos unbehelligt ihren Geschäften nachgehen und genießen den vollen Schutz der Verfassung und der Gesetze. Die Note sagt zum Schluß: Dieser Schutz, der den Minderheiten durch den Vertrag von Versailles garantiert wird, fehlt im abgetretenen Gebiet, wie die Vorgänge in Ostrowo beweisen. Indem die deutsche Regierung die Vorgänge in Ostrowo zur Kenntnis bringt, beehrt sie sich, den Botschafterrat zu ersuchen, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollkommenen Schutzes der nationalen und religiösen Minderheiten gemäß dem Friedensvertrag zu lenken. In Anbetracht des vollkommenen Fehlens dieses von den alliierten Regierungen garantierten Minderheitenschutzes im abgetretenen Gebiet dürfte keine Regierung die Verantwortung dafür übernehmen können, weitere berartige Minderheiten polnischer Unabwiesbarkeit auszuliefern.

### Unverändertes Fortbestehen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags.

Bern, 23. Juni. Die Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und der schweizerischen Regierung über die künftige Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen haben zu folgenden Ergebnissen geführt: Im Laufe einer eingehenden Aussprache einigte man sich zunächst dahin, den Text des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags auch weiterhin unverändert bestehen zu lassen. Beide Länder werden sich auch in Zukunft das Recht der Meistbegünstigung gewähren. Mit der Aufrechterhaltung des Vertragstextes ist auch der Fortbestand der Bestimmungen über den sogenannten kleinen Grenzverkehr gesichert. Die Frage der von beiden Seiten erlassenen Einfuhrverbote bzw. Einfuhrbeschränkungen wurde einer eingehenden Untersuchung und Besprechung unterzogen. Eine besondere Kommission ist mit der weiteren Prüfung der Angelegenheit betraut worden. Nach der vereinbarten Beseitigung der Vertragsstarke, die mit dem 1. Juli ds. Js. in Fortfall kommen, wird die Schweiz ihren Gebrauchstarif vom 8. 6. 21. Deutschland seinen Gebrauchstarif anwenden. Im deutsch-schweizerischen Handelsvertrags sind die durch den Vertr. von Versailles bedingten Änderungen, die gemäß dem Grundsatz der Meistbegünstigung auch für die Schweiz Geltung haben, berücksichtigt. Die Schweiz bleibt selbstverständlich auch im weiteren Genuß der jeweils geltenden vorübergehenden Zollbefreiung und Zollermäßigungen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Juni. In der heutigen Reichstagsitzung machte der Präsident Mitteilung von der Freilassung des von den Korfanty-Banden gefangen genommenen Abgeordneten Bias, worauf das Haus ohne Debatte den Gesetzentwurf über die Lohnsteuer an den Steuerauschuß überwies. Dann trat es in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Gerichtskosten ein, wozu ein Antrag des Ausschusses vorlag, der die baldige Einbringung eines Sondergesetzes über ein obligatorisches und unentgeltliches Güterverfahren verlangt. Die Unabhängigen und die Kommunisten lehnten die Vorlage ab, da sie eine schwere Belastung für die Unbemittelten darstelle, und auch die Sozialdemokraten äußerten Bedenken, doch wurde die Vorlage angenommen, ebenso die Ausschlußentscheidung, und sofort auch in dritter Lesung endgültig verabschiedet, ferner in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf über die

Regelung der Gebühren für die Auslandsbehörden in der Fassung des Ausschusses, der eine Ermäßigung der Gebühren für Beglaubigungen und Zeugnisse vorgenommen hatte. Gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien wurde in dritter Lesung auch der Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzaufschlagspersonalis angenommen, und ohne wesentliche Aussprache die Etats des Reichspräsidenten, des Reichsanzalters, der Reichsjustizverwaltung, des Reichsfinanzministeriums, des Reichsfinanzamts, des Reichsfinanzhofes genehmigt. Beim Etat des Reichsjustizministeriums erklärte Reichsjustizminister Schiffer auf Kritiken von sozialdemokratischer, unabhängiger und kommunistischer Seite, eine Milderung des Strafvollzugs sei erst nach gründlicher Vorbereitung möglich. Die Urteile der Sondergerichte würden nachgeprüft, doch könne er aus wohlwollenden Gründen die Errichtung einer besonderen Stelle dazu nicht zulassen. Gegen die Gesetzmäßigkeit der bayerischen Volksgerichte sei nichts einzuwenden. Schließlich erhob der Minister Einspruch gegen die Verunglimpfung der Leipziger Reichsgerichtsurteile, worauf das Haus dem Etat zustimmte. Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfs, durch den die Gehaltsgrenze bei der Angestelltenveränderung auf 28 000 Mark heraufgesetzt werden soll. Abg. Siebel (Soz.) erklärte, in Angestelltenkreisen hätten die hohen Beitragssätze des Entwurfs Entsetzen hervorgerufen. Seine Freunde könnten der Klasseneinteilung nicht zustimmen und verlangten eine Ausdehnung der Gehaltsgrenze auf 40 000 Mark. Am besten sei eine Ueberleitung der Angestelltenversicherung in die allgemeine Sozialversicherung. Reichsarbeitsminister Dr. Braun betonte demgegenüber, daß die Vorlage, die die Regierung als Notgesetz betrachte, einer nachdrücklichen Forderung der Reichsversicherungsanstalt entspreche. Mit den Angestelltenorganisationen seien schon im Januar und Februar darüber Verhandlungen gepflogen worden. Um 7 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf morgen nachmittag 1 Uhr vertagt. Außer 7 kleinere Vorlagen.

### Der Reichstag und die Steuerpläne.

Berlin, 23. Juni. Der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge verläuft in parlamentarischen Kreisen, daß wenigstens über den Steuerentwurf noch vor den Sommerferien eine Einigung zwischen Reichsregierung und den Parteien erzielt werden soll. Es werde gegenwärtig mit den Parteien über diese Frage verhandelt. Man sei bestrebt, eine Steuerkommission des Reichstags zu bilden, die während der Ferien die Entwürfe durchberate, damit bei Beginn der nächsten Tagung im plenum die Entwürfe vorgelegt werden können.

### Zur Frage der Strafmaßnahmen gegen undisziplinierte Abgeordnete

Berlin, 23. Juni. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ bezeichnete Reichstagspräsident Loh die in dem Antrag des völksparteilichen Abgeordneten Kahl enthaltenen Strafmaßnahmen für renitente Abgeordnete als äußerst gefährlich, erklärte aber, daß sie dadurch, daß einzelne Abgeordnete od. kleine Gruppen das Arbeiten des Reichstags durch ihre Unzufriedenheit unmöglich machen, wünschenswert unabweisbar seien. Eine Mehrheit von 450 Abgeordneten könne sich nicht den Willen von 2 oder 3 renitenten Mitgliedern des Hauses aufzwingen lassen.

### Deutschland. Der bayerische Ministerpräsident über die Arbeiterfrage.

München, 23. Juni. In einer gestern abend im Rathsaal vor dem Bezirksverband der katholischen Vereine in München abgehaltenen Versammlung ergriff Ministerpräsident v. Kahr das Wort zu einer Rede, aus der folgendes hervorzuhören ist: Die deutsche Arbeit und der deutsche Arbeiter haben einmals unser deutsches Vaterland groß gemacht. Aber sein wirtschaftlicher Aufstieg trug ihm den Haß und den Neid seiner Konkurrenten ein, die sich im Weltkrieg enttuben. Das deutsche Volk ist ein Arbeitervolk geworden. Die Sozialpolitik konnte nicht verhindern, daß die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Gegensätze gegenüber dem Unternehmer auf Staat und Gesellschaft übertrugen. Nur einmal zeigte sich eine deutsche Geschlossenheit, am 4. August 1914 bei Ausbruch des Krieges. Aber noch eine andere bedeutsame Wendung vollzog sich im deutschen Volk bei seiner industriellen Entwicklung. Der Geist des groben Materialismus trieb die Quellen wahrer Volkskraft. Er brachte die deutsche Seele zum Erlahnen. Eine weitere Verschärfung des Klassen Gegensatzes, das ist die traurige Folge unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Auch die Revolution, selbst diesem Nährboden entzogen, hat uns keine Befreiung von diesem Uebel gebracht. Hingebende Arbeit war von jeher das Lob des deutschen Volkes. Und noch nie war das Schicksal Deutschlands so in die Hände der Arbeiter gelegt wie heute. Es hat sich nur befreit von dem überwuchernden Materialismus, wenn es die idealen Kräfte seiner Seele wieder zurückerwartet. Alles wird sich dann von selbst ergeben. Die Nation, das Vaterland über Klasse und Partei, das muß die einzige Lösung sein. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit muß nach dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung gelöst werden. Es darf keine Bevorzugung des einen vor dem anderen erfolgen. Wir müssen dem Arbeiter wieder die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs geben. Unser Ziel muß sein eine nationale und soziale Gemeinschaft. Die Ereignisse haben den Beweis des Bankrotts des Marxismus gebracht. Eine Erneuerung des deutschen Volkes kann nur werden aus jenen Idealen, um welche sich eine kräftige und starke Arbeiterschaft schart. Unserer trefflichen Arbeiterschaft aber ist eine Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung zugefallen.

### Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren nach der Vorfrist des Ultimatus.

Berlin, 23. Juni. Laut „Tageblatt“ steht nunmehr fest, daß die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren rechtzeitig innerhalb der vom Ultimatum der Entente vorgeschriebenen Frist erfolgen wird.

### Zur Auflösung des Berliner Wachregiments.

Berlin, 23. Juni. Im Hauptauschuß des Reichstags erklärte Oberst v. Kretsch, daß die Nachricht, wonach das Wachregiment Berlin durch ein Gebot der Entente aufgelöst werden

müßte, zutreffend sei. General Kollat ging bei der Begründung des Verbots davon aus, daß uns durch den Friedensvertrag nur die Aufstellung von 21 Infanterieregimentern erlaubt sei. Das Wachregiment stelle nach seiner Ansicht eine militärische Formation dar, die den Rahmen der erlaubten Regimenter in unzulässiger Weise überschreite. Vergebens wurde General Kollat darauf hingewiesen, daß das sogenannte Wachregiment ja lediglich aus Kompagnien anderer Regimenter zusammengesetzt sei, also in Wirklichkeit ein über den Rahmen der erlaubten Regimenterzahl hinausgehendes Regiment gar nicht darstelle. Es werde geplant, an Stelle des Wachregiments abwechselungsweise eine feiner Kompagnien für je 2 bis 3 Monate nach Berlin zu senden, ohne daß selbstverständlich irgend ein Regiment gebildet würde.

### Die Beschlagnahme und das Verbot der Herstellung von Luftfahrzeugen.

Berlin, 23. Juni. Zur Frage des Verbots der Herstellung von Luftfahrzeugen hat die Botschafterkonferenz am 18. Juni folgende Entscheidung getroffen, deren Durchführung sie der internationalen Luftfahrtüberwachungskommission übertragen hat. Die deutsche Regierung muß in kürzester Frist das gesamte Luftfahrzeugmaterial, das in Widerspruch mit den Beschlüssen von Vologno hergestellt worden ist, beschlagnehmen und der internationalen Luftfahrtüberwachungskommission ausliefern. Es wird Aufgabe dieser Kommission sein, dieses Material in zwei Gruppen zu teilen. Das als militärisch charakterisierte Gerät wird endgültig den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Belgien überantwortet werden; der Artikel 198 des Friedensvertrags Deutschland die Unterhaltung einer militärischen Flotte untersagt. Von dem als zivil charakterisierten Gerät sind gleichfalls 25 Prozent den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Belgien zu überantworten. Der Rest des zivilen Luftfahrzeugmaterials wird an Deutschland zum vollen Eigentum zurückfallen, sobald der deutschen Regierung die entsprechende erteilt wird, im Fall von Luftfahrzeugen wieder aufzunehmen.

### Saarkohle für Deutschland?

(Berl.) Frankfurt/Main, 23. Juni. Da Frankreich außerstande ist, die Förderung der Saargruben vollumfänglich abzunehmen, ergibt sich Saargebiet im Kohlenüberfluß, der allerdings nicht der Bevölkerung zugute kommt, sondern auf den Halben lagert. Die Folge davon ist, daß sich die französische Grubenverwaltung zu Preisermäßigungen verstehen mußte. Französischerseits wird nun versucht, für den Saarkohlenüberfluß neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen. So versucht die Grubenverwaltung u. a. auch den Verein der Saarkohlenhändler, bevor dem Krieg bestand, zu gewinnen, um ihn für einen Vertrieb der Saarkohle nach Deutschland wieder aufleben zu lassen. Wie verhandelt, haben kürzlich in dieser Angelegenheit Besprechungen in Mannheim stattgefunden. — Der Unwille des Friedensvertrags und des Etablissements kommt täglich mehr zum Ausdruck.

### Weitere Opfer des Bebenunglücks in Herne.

Herne, 23. Juni. Von den in den Krankenhäusern untergebracht 10 Verletzten der Zechen „Mont Cenis“ sind bis heute vormittag 10 Uhr insgesamt 5 gestorben. Bei weiteren 5 Schwerverletzten ist der Zustand nicht unbedenklich. Aus dem „Bebenunglück“ in Herne konnten gestern von insgesamt 25 Verletzten 7 entlassen werden. Weitere Entlassungen werden heute erfolgen. Im katholischen Krankenhaus Solingen sind 32 Verletzte untergebracht, darunter 1 Schwerverletzter. Aus dem katholischen Krankenhaus in Herne konnten in dort befindlichen 9 Verunglückten sämtlich entlassen werden. Im evangelischen Krankenhaus sind 4 Verletzte untergebracht, für die keine Lebensgefahr besteht. Bis jetzt sind 81 Tote festzustellen. An den Rettungsarbeiten hatten die Rettungsmannschaften der benachbarten Zechen hervorragenden Anteil. Die Bestattung der Opfer des Grubenunglücks findet am 24. Juni statt.

### Die Frage der Ortsklasseneinteilung in bezug auf die Beamtenbesoldung.

Berlin, 23. Juni. Der Reichstagsauschuß für Beamtenangelegenheiten verhandelte heute über einen fast allseitig unterstützten Antrag, die Neueinstufung von Ortsklassen in die bisherigen Ortsklassen A, B und C geordnet zu werden. Während die Ortsklasse D und E vollkommen gestrichen werden sollen. Vor der Abstimmung zog ein Teil der Unterzeichner des Antrags seine Unterschrift zurück, um die Feststellung des Ortsklassenergebnisses bis zum 1. Oktober d. J. durch eine Annahme dieses Antrags nicht zu verzögern. Der Antrag wurde darauf mit 3 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der Antrag Dr. Kollat (D.B.P.), der besagt: Der Auschuß ist mit Rücksicht auf die fast unauflösbare Verzögerung der Verabschiedung des Gesetzes damit einverstanden, daß die weiteren Vorarbeiten für das endgültige Ortsklassenergebnis auf der Grundlage von 5 Ortsklassen erfolge. Dieser Beschluß bedeutet nicht eine grundsätzliche Stellungnahme. Der Auschuß geht dabei aber von der ausdrücklichen Voraussetzung aus, daß gleichzeitig mit der Verabschiedung des endgültigen Ortsklassenergebnisses die gegenwärtige, den bestehenden Verhältnissen keine Rechnung tragende Staffellung der Kinder- und Teuerungszuschläge nach Ortsklassen in Wegfall kommt.

Berlin, 23. Juni. Der Reichstag nahm heute in einer öffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Lohard den Gesetzentwurf über die Beamtenauschüsse gegen wenige Stimmen, darunter die Württembergs, nach den Beschlüssen des Ausschusses an.

### Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 21. Juni. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet die Behauptung, daß der Vorsitzende der internationalen Militär- und Kontrollkommission in Berlin, General Kollat, die auf den Truppenübungsplätzen geplanten größeren Truppenübungen der Reichswehr beanstanden und ihre Unterlassung gefordert habe, als unzutreffend. — Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, wird das Auswärtige Amt demnächst ein Weißbuch über die Saarfrage herausgeben, in dem der gesamte Notenwechsel zwischen Reichsregierung und Regierungskommission des Saargebiets veröffentlicht werden wird. — Blättermeldungen aus Döppeln zufolge ist dort heute morgen die aus Vertretern des Auswärtigen Amtes und Reichstagsge-

ordneten bestehende nach kurzem Aufenthalt hier. — Auf die 67 wurde heute mittag Leute, die mit einem Mission gefahren waren, letztem Revolver in d. zungen die Angestellten neuen Zuckerkarten. 20 000 Zuckerkarten, i. — Im Danziger Volkspostals zu wüsten, unklaren durch Weid. deshungen, an d. ten. Der Präsident, herzustellen, müßte di. quillierten dies mit lation.

### Aus

### Die Finanzen

Wie bekannt, ist die Finanzierung des P. hingen erfordert. Um e. reihen, werden neben e. und der privatwirtschaftl. öffentlich-rechtlichen Kr. Die Beteiligungsquote. maßgebend, das d. i. r. e. l. Interesse hat, gebtet z. Hoff der Bevölkerung hat dementsprechend sein. Mar gegeben. In C. durch Stichtscheid d. Zeichnung der auf de. Summe von 150 000. zu überlassen. Es ist. große Bedeutung des. leben bei ihrer Entsch. wirtschaftlichen Interessi. direkt gefördert werden. Erweiterung und Besch.

### Anre

Abg. Dr. Schermann haben an die Staatsreg. denkt die Staatsregieru. Beziehung der heimisch. schwebischen Handwerks. Wiederaufbau sicherzuste. rung zu tun, um die G. Beschöderung von Arbeit. und Fischen auf den. A.

Nach den Verleihen und Klauenfeuch am 15. Juni waren n. 45 Geflügel verurteilt. Im Westkreis ist nur kein von der Seuche be. 8. im Jagdrevier 10 in. Schafreude ist noch Gemeinden und 35 G. besteht in 14 Gemeindeg.

### Stadtgemein

### Nadelstamm



Windplatte, auf Marku. 27 Stk. Laugholz l. Kl.;

2 Stk. Sägholz (F. Das Holz wird stam. in der Abt. Windplatte. Weiderradt, den

Alfred Pfe. Baumaterialien-

ng bei der Begründung  
den Friedensvertrag  
ierzigemter erlaubt  
er Ansicht eine mili-  
te erlaubten Regie-  
Vergebens wurde  
das sogenannte Wahl-  
nderer Regimente zu  
ein über den Namen  
hendes Regiment zu  
Stelle des Wehrregi-  
mpagnien für je 2 bis  
daß selbstverständlich

erbot  
n Luftfahrzeugen.  
als der Herstellung der  
am 18. Juni folgende  
sie der Interalliierten  
hat. Die deutsche Luft-  
fahrmaterial, das in  
logne hergestellt worden  
Luftfahrtüberwachungs-  
dieser Kommission sein.  
Das als militärisch  
liten und affizierten  
werden; da Artikel 18  
Verhaltung einer militä-  
rlich charakterisierten Ge-  
und affizierten Haupt-  
er Rest des zivilen Besit-  
Eigentum zurückfallen,  
Ergänzung erteilt wird, da  
n.

land?  
Frankreich aufgebracht  
abzunehmen, erfüllt bei  
s nicht der Bevölkerung  
Die Folge davon ist,  
zu Preisermäßigungen  
versucht, für den Bau  
schaffen. So versucht die  
Saarloshändler, die  
für einen Verlust der  
zu lassen. Wie verhalten  
rechnungen in Manheim  
vertrags und des Ep-  
n.

lands in Fern.  
händler untergebracht  
bis heute vorläufig  
5. Schwereverbrechen  
gungsmittel" in Baden  
entlassen werden. Bei  
katholischen Kreisen  
darunter 1 Schwere-  
in Fern konnten be-  
lassen werden. Im con-  
gebracht, für die fern-  
zu unterstützen. An der  
falschstellen. An der  
der betraucht  
g der Opfer des Grauen-  
ung in bezug auf  
ung.

ausch für Beamten  
nen fast allseitig an-  
aufung von Dristellen  
C geschehen soll, wä-  
gen gestrichen werden  
ein Teil der Unter-  
urteil, um die Gesetz-  
zum 1. Oktober d. J.  
zu verzögern. Der  
nnen abgelehnt. So-  
r. Hoff (D.B.), der  
f die fast unansprech-  
Gesetzes damit ein-  
n für das endgültige  
e von 5 Dristellen  
et eine grundsätzliche  
et aber von der aus-  
seitig mit der Verab-  
zeichnisses die gegen-  
ne Rechnung tragende  
Zuschläge nach Dris-  
heute in einer öffent-  
tssekretärs Bewand der  
egen wenige Stimmen,  
nen des Ausschusses an-  
richten.  
gemeine Zeitung" so-  
ende der interalliierten  
Berlin, General Wal-  
geplanten größeren  
ndet und ihre Unter-  
Wie die Deutsche  
hörige Amt demnach  
geben, in dem der ge-  
ung und Regierung  
cht werden wird. —  
st dort heute morgen  
ts und Reichslage

gebildete bestehende Kommission eingetroffen. Sie begab sich  
nach kurzem Aufenthalt in das Hauptquartier des Generals  
Höfer. — Auf die 67. Brotkommission im Nordosten Berlins  
wurde heute mittag ein Raubüberfall verübt. Drei junge  
Leute, die mit einem Automobil vor das Gebäude der Kom-  
mission gefahren waren, drangen maskiert und mit vorgehal-  
tenem Revolver in die Büroräume der Kommission ein und  
zwangen die Angestellten zur Ausgabe der eben eingetroffenen  
neuen Zunderarten. Die Täter fuhren mit ihrer Beute, etwa  
2000 Zunderarten, in dem Kraftwagen ungehindert davon.  
— Im Danziger Volkstag kam es gestern bei Beratung des  
Polizeiats zu wüsten Tumulten. Kommunistische Redner ver-  
ursachten durch Beschimpfungen des Senats heftige Ausein-  
anderungen, an denen sich auch die Tribünenbesucher beteilig-  
ten. Der Präsident, der sich außerstande sah, die Ruhe wieder  
herzustellen, mußte die Sitzung aufheben. Die Kommunisten  
qualifizierten dies mit einem Hoch auf die proletarische Revo-  
lution.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. Juni 1921.

#### Die Finanzierung des Neckarkanalsprojekts.

Wie bekannt, wird zur Zeit im ganzen Lande die Frage  
der Finanzierung des Projekts zum Bau des Neckarkanals bis Plo-  
chingen erörtert. Um eine genügende finanzielle Fundierung zu er-  
reichen, werden neben einer starken Beteiligung des Privatkapitals  
und der privatwirtschaftlichen Unternehmungen aller Art auch die  
öffentlich-rechtlichen Körperschaften an der Finanzierung interessiert.  
Die Beteiligungsquote wird nach Zonen berechnet. Das Schwarz-  
waldgebiet, das direkt weniger an dem Projekt wirtschaftliches  
Interesse hat, geht zur mittleren Zone, die etwa 5 M. auf den  
Hektar der Bevölkerung aufbringen sollte. Der Bezirksrat Nagold  
hat dementsprechend seine Zustimmung zur Zeichnung von 130 000  
Mark gegeben. In Calw hat der Bezirksrat, wie wir erfahren,  
durch Stimmensmehrheit des Vorsitzenden beschlossen, die Frage der  
Zeichnung der auf den Oberamtsbezirk Calw etwa entfallenden  
Summe von 150 000 M. der Entscheidung der Amtsversammlung  
zu überlassen. Es ist zu hoffen, daß die Amtsversammlung die  
große Bedeutung des Kanalbaus für unser schwäbisches Wirtschafts-  
leben bei ihrer Entscheidung gebührend berücksichtigt. Wenn die  
wirtschaftlichen Interessen des Bezirkes Calw dadurch auch nicht  
direkt gefördert werden, indirekt ist das doch der Fall durch die  
Erweiterung und Beschleunigung des Verkehrs.

#### Anfragen des Zentrums.

Herr Dr. Schermann und die übrigen Mitglieder des Zentrums  
haben an die Staatsregierung zwei Anfragen gestellt: 1. Was ge-  
denkt die Staatsregierung zu tun, um rechtzeitig die entsprechende  
Beziehung der heimischen Industrie und Landwirtschaft und des  
schwäbischen Handwerks bei Aufträgen für den deutsch-französischen  
Wiederaufbau sicherzustellen? — 2. Was gedenkt die Staatsregie-  
rung zu tun, um die Erreichung der Preisermäßigungen für die  
Beförderung von Lebensmitteln, insbesondere auch von Gemüse, Obst  
und Fischen auf den Neckarwasserbahnen wirksam zu fördern?

#### Tierseuchenstand.

Nach den Berichten der beamteten Tierärzte ist die Maul-  
und Klauenseuche weiter erheblich zurückgegangen. Am  
15. Juni waren noch 23 Oberämter bzw. 31 Gemeinden mit  
4 Geschäften verseucht, davon neu 6 Gemeinden und 10 Geschäfte.  
Im Neckarbezirk ist nur noch eine Gemeinde des Oberamts Broden-  
stein von der Seuche betroffen, im Schwarzwaldbezirk sind es  
6, im Jagstbezirk 10 und im Donaubezirk 12 Gemeinden. — Die  
Schafseuche ist noch immer im Wachsen begriffen, es sind 32  
Gemeinden und 35 Geschäfte verseucht. — Die Pferdeberäube  
verbreitet in 14 Gemeinden mit 14 Geschäften.

#### Viehmärkte.

Auf dem Monatsviehmarkt in Weilderstadt waren 26 Och-  
sen, 94 Stiere, 123 Kühe, 76 Kalbinnen und 107 Stück Schmalblech  
zugeführt. Der Handel war flau und schleppend. Kalbinnen und  
Jungvieh wurden von 2200—3000 M. abgesetzt. Auf dem Schweine-  
markt wurden Käuferpreise von 760—870 M. und Milchschweine  
1. Sorte zu 540—570 M., 2. Sorte von 380—420 M. je das Stück  
gehandelt. — In Oberfontheim wurden 67 Stück Milch-  
schweine, das Paar von 780—900 M. verkauft.

#### Nutmäßiges Wetter am Samstag und Sonntag.

Die Wetterlage ist unändert. Am Samstag und Son-  
ntag ist immer noch zeitweilig bedecktes, allmählich aufheiterndes  
und auch etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

#### Stinster deutscher Städteitag.

(S.C.B.) Stuttgart, 22. Juni. Der 5. Deutsche Städteitag, der  
zum ersten Mal seit seinem Bestehen in Stuttgart versammelt ist  
und zu dem 750 Bürgermeister und Städtevertreter aus allen Teilen  
des Reiches herbeigeströmt sind, wurde mit einem Begrüßungsabend  
im Stadtgarten eröffnet. Oberbürgermeister Lautenschlager er-  
schloß den Gästen den Willkomm-Gruß der Stadt Stuttgart. Ober-  
bürgermeister Böß-Verkin begrüßte die Versammlung namens des  
Vorstands des Deutschen Städteitags. Er stellte fest, daß die öster-  
reichischen Bruderstädte fehlen, daß die deutschen Städte ihnen aber  
die Hand reichen, bis sie einst ganz bei uns sein werden. Zum  
ersten Mal seien auch die Hansestädte vertreten. Die oberösterreichischen  
Städte seien nicht anwesend, denn die Sorge und Not ihres Landes  
halte sie fest. Ihre Treue, die sie bei der Abstimmung bewiesen  
hätten, würde erwidert. Die Städte des besetzten Gebiets seien fast  
vollständig vertreten. Auch der äußerste Osten fehle nicht. Die  
deutschen Städte würden jetzt in einem entscheidenden Augenblick  
ihres Daseins stehen. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung  
der deutschen Städte in den letzten 50 Jahren wies der Redner da-  
rauf hin, daß die Städte das Fundament seien, auf dem Reich und  
Länder bauen. Jetzt gelte es, die Zähne aufeinanderbeizeln und die  
letzten Kräfte anzuziehen, um das ganze Volk in eine bessere Zeit,  
die die Lebenden vielleicht nicht mehr sehen werden, hinüberzubrin-  
gen. Sein Ruf gelte den deutschen Städten: Halte zusammen in  
Einigkeit und Kraft und Freiheit, damit euer Bestand bleibe, daß  
unser Volk wieder wache, blühe und gedeihe! — Minister des In-  
nern, Graf, begrüßte die Versammlung namens der württembergi-  
schen Staatsregierung und des durch Unwohlsein verhinderten  
Staatspräsidenten. Er wies auf den Gegensatz zwischen Selbstver-  
waltung und Staatsverwaltung hin, der aber verschwinden müsse  
in der praktischen Ausübung, denn weder Selbstverwaltung noch  
Staatsverwaltung seien Selbstzweck, beide seien gegenseitig aufein-  
ander angewiesen, und wenn dabei die Ueberzeugung noch mehr  
Platz greife, daß die Staatsnotwendigkeiten in erster Linie berück-  
sichtigt sein müssen, dann werde eine Verständigung möglich sein.  
Die Kriegsfolgen seien im Augenblick von unanschaulicher Tragweite.  
Die württ. Regierung sei bemüht, den Verhältnissen Rechnung zu tra-  
gen. In kommender Woche werde dem württ. Landtag ein Geset-  
zentwurf zugehen, der eine bessere Sicherstellung der Ortsvorsitzer  
herbeiführen solle, für die Gemeindebeamten sei bereits gesorgt. Die  
neue Gemeindeordnung sei in Arbeit und werde eine Abgrenzung  
der Zuständigkeiten herbeiführen. Das wichtigste sei jedoch das Ge-  
biet der Finanzen. Wer nicht Herr sei über seine Einnahmen, könne  
auch nicht mehr selbstverwalten. Länder und Reich befänden sich  
in der gleichen Lage: Das Gebot des Feindes sei bestimmend.  
Das könne auch nicht spurlos an den Gemeinden vorbeigehen.  
In Württemberg habe auch in dieser Beziehung der Staat alles  
getan, was möglich war. Von 87 Millionen Mark Aufwand für die  
höheren Schulen habe er 78 Millionen übernommen. Die Verstaat-  
lichung der Polizei stehe bevor, was für die Gemeinden eine Er-  
parnis von etwa 20 Prozent bedeute. 100 Millionen Mark seien

für Wohnungsbau bewilligt. Es könne sich nicht mehr darum han-  
deln, Rivalitäten auszutragen. Das Wohl der Gesamtheit müsse  
ausschlaggebender Gesichtspunkt sein. Das Zusammenarbeiten müsse  
von Vertrauen getragen sein. Die württ. Staatsregierung bringe  
dieses Vertrauen den Städten entgegen und sie laße die Selbstver-  
waltung ein, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. — Sämtliche  
Reden wurden mit Beifall aufgenommen. Die Schwäbische Bie-  
dergruppe von Kromer umrahmte den Abend mit prächtigen schwä-  
bischen Liedervorträgen, worüber die Gäste aus dem Reich hoch-  
erfreut waren.

(S.C.B.) Altsenig, 22. Juni. Der Sohn des Schlossers Renz  
hier, kam wohlbehalten nach gelungener Flucht aus der franzö-  
sischen Fremdenlegion zu den Seinigen zurück.

(S.C.B.) Ehlingen, 22. Juni. Die am letzten Freitag stattgefun-  
dene Ausschussswahl zur Ortskrankenkasse hatte folgendes Ergebnis:  
Von 8815 Wahlberechtigten des Oberamtsbezirks haben 3863 ab-  
gestimmt. Hiervon entfallen auf Wahlvorschlag I (Freie Gewerks-  
schaften) 41 Vertreter (bisher 36), auf Wahlvorschlag II (Christliche  
Gewerkschaften) 9 Vertreter (bisher 14).

(S.C.B.) Wünnigheim O.A. Wünnigheim, 22. Juni. Die Müse-  
pilage nimmt beängstigende Formen an und droht die Ernteträ-  
gnisse zu schmälern. Es soll nun mit allen Mitteln vorgegangen  
werden, auch sollen Prämien von 10 M. für die abgetestete Maus  
bezahlt werden.

#### Kirchliche Nachrichten.

##### Evangelische Gottesdienste.

5. Sonntag n. Trin., 26. Juni 1921. Vom Turm: 487. 8 Uhr  
Frühgottesdienst, Stadtpfarrverweser Josenhans. 9 1/2 Uhr Haupt-  
predigt, Predigtleser Hr. Dr. Fa Tag des Herrn, Dekan Jeller. Das  
Opfer ist für den Gustav-Adolf-Verein bestimmt. 10 1/2 Uhr Sonn-  
tagsschule. 1 Uhr Christenlehre: Lächler jüngere Abteilung.  
Mittwoch, 23. Juni 1921. Feiertag Peter und Paul. Abends 8 Uhr  
Bibelstunde, Stadtpfarrverweser Josenhans.

##### Katholischer Gottesdienst.

Sonntag den 26. Juni. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und  
Amt, 2 Uhr Andacht. Mittwoch, den 23. Juni, Fest Peter und Paul.  
Gottesdienst wie am Sonntag. Donnerstag, den 30. Juni: 1/9 Uhr  
Gottesdienst in Bad Leinach.

##### Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 26. Juni. Vorm. 10 Uhr Predigt, Pföher.  
11 Uhr Sonntagsschule. Abends 8 Uhr Predigt, Reichle. Mittwoch,  
8 1/2 Uhr Bibelstunde, Pföher.  
Stammheim: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, nachm. 1/2 Uhr  
Predigt, Reichle. Mittwoch, 8 1/2 Uhr Bibelstunde, Reichle.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw  
Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw

#### Reklameteil.

Das Großvertriebshaus Theodor Döpp, Stuttgart, alte Wein-  
steige 16, Fernruf 12 050, bringt den tadellosen Hörapparat Acu-  
tus für Schwerhörige zum Verkauf und kann infolge der Vorzüg-  
lichkeit des Acutus bedeutende Erfolge erzielen. Glänzende Zeug-  
nisse Schwerhöriger bekräftigen dies. Um den Acutus allen Kreisen  
zugänglich zu machen, hält der Firmeninhaber am Samstag, den  
25. Juni 1921, unverbindliche Vorführungen mit praktischer Ausprobe  
in Calw, Hotel „Adler“, Bahnhofstraße 414, und zwar von vorm.  
11 Uhr bis abends 7 Uhr, worauf empfehlend hingewiesen wird.  
(Siehe Inserat in der gestrigen Nummer.)

### Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Auf Kranken-Lebensmittelkarte  
Nr. 55 kann bis Montag, den 27.  
Juni Zwieback bestellt werden. Die  
Kleinbändler wollen die Bestellkarte am Dienstag,  
den 28. Juni vormittags 8 Uhr auf dem Stadtschultheißenamt abliefern.

### Stadtgemeinde Weilderstadt.

#### Nadelstammholz-Verkauf.

Am Montag, den  
27. Juni ds. Js., vor-  
mittags 9 Uhr, kommen  
an Ort und Stelle im  
öffentlichen Lustreich in  
dem Stadtwald XII, 8  
Windplatte, auf Markung Nöllingen, zum Verkauf:  
27 Stk. Laugholz (St. La.) mit zuf. 75,06 Fhm. I. Kl.;  
2 Stk. Sägholz (St. La.) mit zuf. 2,02 Fhm. I. Kl.  
Das Holz wird stammweise verkauft. Zusammenkunft  
in der Wld. Windplatte.  
Weilderstadt, den 23. Juni 1921.  
Stadtschultheißenamt:  
Schüb.

### Schwarzwald-verein Calw.



#### Kaffee

in bekannt guter  
Mischung,  
roh und jede  
Woche frisch  
gebrannt  
empfiehlt bestens  
C. Serva  
Fernspr.-Nr. 120.

#### Wanderung

über Würzbacher Forstlich  
nach Cambach. Abmarsch  
9 Uhr beim Georgenäum.  
Führer Eberhard.

#### Tapeten

in großer Auswahl auf Lager  
Emil G. Widmaier.  
Bahnhofstraße.  
Mädchen,  
das alle Hausarbeiten selb-  
ständig verrichten und perfekt  
bürgerlich kochen kann, für  
kleinen Haushalt auf 1. oder  
15. Juli gesucht. Hoher  
Lohn, gute Behandlung und  
Verpflegung.  
Frau Julius Scharff,  
Karlsruhe, Amalienstr. 24

#### Warnung!

Ich warne hiemit  
jedermann, meinem  
Sohn Karl Brandt  
etwas zu borgen auf  
meinen Namen, in-  
dem ich für nichts  
mehr haße.  
Karl Brandt, Dornpöhl.

#### Mädchen-Gesuch.

Zum sofortigen Eintritt  
tüchtiges  
Mädchen  
für Küche und Haushalt  
gesucht.  
H. Grünhut, Knielingen  
bei Karlsruhe.

#### Biehfüttlerer

Ein längerer  
welcher auch mit Pferden um-  
gehen kann, kann sofort  
eintreten bei  
Adolf Eble, Müller,  
Mühlhausen Am Pförz.

#### Drucksachen

liefert rasch u. sauber die  
Druckerel dles. Blattes.

### Dampfwalzbetrieb!

Zwei Dampfstraßenwalzen werden am Samstag, den  
25. ds. Mts., die Staatsstraße von Hirtau nach Leinach  
befahren und daran anschließend die Eiterstraße in Leinach  
bearbeiten.  
Wenn die von den Walzen zu bearbeitende Straßen-  
strecke vorübergehend abgelenkt ist, haben Reiter und  
Fuhrwerke vor den aufgestellten Schranken so lange an-  
zuhalten, bis die Erlaubnis zum Durchgang gegeben wird.  
Calw, den 24. Juni 1921.  
Straßen- und Wasserbauamt:  
J. V. Geiger.

### Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland.

#### Farren-Verkauf.

Einen schönen, 20 Monate alten, rot-schwarzigen  
Farren  
garantiert für guten Ritt, hat zu ver-  
kaufen Bernerwägle  
stell und eine ältere Chaise  
lehrt dem Verkauf aus.  
Adolf Eble, Müller, Mühlhausen a. d. W.  
(Amt Pförzheim).

### Alfred Pfeiffer, Calw

#### Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

#### Portland-Zement

Leonberger Baugips  
Schwarzkalk

#### Feisch eingetroffen

Wasserstein-Garnituren  
aus Zement und Terrazzo  
Steinzeugböden  
Zementröhren

#### Schwermsteine Gr. 10/12/25, 12/14/25, 14/16/25

Klettersteine  
Kaminsteine  
Salzziegel

**Bad Liebenzell.**  
 Sonntag, den 26. Juni,  
 nachmitt. 4-6 Uhr  
**Kurkonzert**  
 in den Städt. Kuranlagen.  
 Ausgeführt von der  
 Stadt-(Feuerwehr)Kapelle Pforzheim

**Nur 2 Tage in Calw**  
 auf dem Brühl  
**Zirkus**  
**Antony Schau**  
 ist hier eingetroffen und gibt am  
 Samstag, 25. Juni, abends 8 Uhr seine  
**Eröffnungs-Vorstellung**  
 Sonntag, den 26. Juni finden  
**2 Vorstellungen**  
 statt, nachmittags 1/2 4 Uhr u. abends 8 Uhr.  
 Erstkl. Zirkusprogramm. Erstkl. Künstlerpersonal.  
**30 edle Pferde und indische Büffel.**  
 Bei jeder Vorstellung:  
**Wild-West-Mexiko**  
 1. Leben und Treiben auf der Farm. 2. Sportspiele des  
 Mexikaners. 3. Einfangen der Büffel. 4. Einfangen des  
 Pferdediebs (Indianer) mittels Lasso und Lynchjustiz.  
 Ueberall riesiger Beifall.  
**Preise der Plätze:** Stuhlfuß 5 M., 1. Platz 4 M., 2.  
 Platz 3 M., Stehplatz 2 M., Kinder halbe Preise.  
 Der Zirkus ist für das Publikum bequem mit Sitz-  
 plätzen eingerichtet und lädt daher, angenehme Stunden ver-  
 spendend, zu zahlreichem Besuche ein.  
 Die Direktion: **A. Wittmann, Mayer, Geschäftsstf.**

**Effringen, den 23. Juni 1921.**  
**Statt jeder besonderen Anzeige.**  
**Todes-Anzeige.**

**+**

Unser lieber, guter, treubeforderter Gatte,  
 Vater, Bruder, Schwager und Onkel  
**Johannes Dutt,**  
 Landwirt und Darlehenskassier,  
 ist heute früh 7,48 Uhr im Alter von 55 Jahren  
 sanft im Herrn entschlafen  
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
 Die Gattin: **Anna Dutt geb. Hermann**  
 mit ihren Kindern **Ernst, David,**  
**Lydia und Johanna.**  
 Beerdigung Samstag, den 25. Juni  
 nachmittags 2 Uhr.

**Pfannkuch & Co.**  
 Zur  
**Woffbereitung**  
 empfehlen:  
**Samovino-**  
**Woff-**  
**substanz**  
 Portionsflaschen  
 für 50 Lit. 11.-  
 für 100 Lit. 20.-  
 für 150 Lit. 28.-  
 ferner  
**Heinen's**  
**Woffextrakt**  
**Zepf's**  
**Woffanfab**  
 hierzu  
**Trauben-**  
**Zucker**  
 Pfd. 4.50  
 bei 10 Pfd. 4.40  
 Wiederverkäufer  
 erhalten  
 Preisermäßigung.

**Ohne Marken!**  
**la Gerstenmehl**  
 empfiehlt, solange Vorrat,  
 billig!  
**Adolf Eub.**



**Milchseparator**  
 ist in scharfer Ent-  
 rahmung u. langer  
 Lebensdauer  
 unerreicht.  
 Alleinige Vertretung u.  
 Lager für den Bezirk:  
**Fr. Herzog, Calw.**  
 Fachmännische  
 Reparaturwerkstatt.

Empfehle als  
**Sofa-, Bett-**  
**und Schreibtisch**  
**Vorlagen:**  
**Pelzfelle,**  
**Angorafelle,**  
 chinesische  
**Ziegenfelle**  
 in verschiedenen  
 Größen und Farben  
**Emil G. Widmaier,**  
 Bahnhofstraße.

Alle Hausfrauen  
 kaufen Triumph-Möbel-Putz  
**Wunderschön**  
 stets staubfreie, prachtvolle  
 Möbel.  
**Georg Pfeifer, Calw;**  
**Fr. Lamparter, Calw;**  
**R. Otto Binçon, Calw.**

**DAS SCHÖNE BUCH**

Die II. Ausstellung im Schaufenster  
 und in den Geschäfts-Räumen der  
**Fr. Häussler'schen**  
**Buchhandlung, Calw.**

Eine prächtige Sammlung schön aus-  
 gestellter Bücher wertvollen Inhalts  
 und graphische Werke werden das  
 Auge des Beschauers entzücken.

**la Marmelade**  
 offen und in Gläsern von  
 Vik. 4.- an pro 1 Pfund  
 empfiehlt  
**Fr. Lamparter a. Markt.**

**Schreibmaschinen,**  
**Rechen- u. Addier-**  
**maschinen,**  
**Vervielfältiger,**  
**Büromöbel jed. Art,**  
**Saugpost-**  
**Durchschlag-Wachs-**  
**und Robie-Papier**  
 sowie alle anderen  
**Bürobedarfsartikel**  
 liefert äußerst günstig  
**Louis Schleh,**  
 Bürobedari,  
**Freudenstadt.**  
 Telefon Nr. 27.  
 Katalog zu Diensten.

**Leere**  
**Riften und**  
**Korb-Flaschen**  
 hat abzugeben.  
**Eugen Dipp,**  
 Obere Marktstraße 23.

**Gedenket der Not**  
**in Oberschlesien!**

**Sonder-Verkauf!**

Schürzenstoffe, 100 cm breit, . . . . .	16.- u. 14.- M.
Schürzenstoffe, 120 cm breit . . . . .	20.- u. 18.- M.
Kleiderzeuge, in vielen Mustern, 16.-, 15.-, 14.- u. 13.- M.	
Knabenblusenstoffe, blau, weiß gestreift, 17.- u. 12.- M.	
Hemdenflanelle, gestr. u. kariert, Friedensqualität 18.-, 15.- u. 14.- M.	
weiß Kretonne . . . . .	11.- M.
roh Baumwolltuch, 88 cm breit . . . . .	11.- M.
Dirndlstoffe, letzte Neuheiten . . . . .	18.- u. 16.- M.
Krepp in rosa und weiß für Kleider . . . . .	12.- M.
bedruckte Verkal für Herrenhemden . . . . .	12.- M.
Opal-Batist, 112 cm breit, für eleg. Sommerkleider 24.- M.	
Satin in schwarz und blau für Kleider und Schürzen 15.- M.	
Handtuchstoffe in farbig und weiß . . . . .	14.- u. 9.- M.
Jacquard-Linzenzeuge, 110 cm breit . . . . .	24.- M.
Baumwolltuch in blau u. grün, für Männerchürzen 16.- M.	

**Mich. Preslein, Pforzheim** Schenern-  
 straße 3.

**Turnverein Unterhangstett.**  
 Zu dem am  
**Sonntag, den 26. Juni 1921**  
 stattfindenden  
**Turn-Fest**  
 (außer Gau)  
 verbunden mit  
**Einzelwettkämpfen, Schanturnen, Ballspiele,**  
 werden alle Freunde und Gönner des Turnsports  
 freundlichst eingeladen.  
 Abmarsch 1/2 1 Uhr vom Gasthof zur „Schwan“  
 zum Festplatz. — 1 Uhr Beginn der Wettkämpfe.  
 Abends Preisverteilung. Anschließend  
**Tanz-Unterhaltung**  
 im Saalbau zum „Hirsch“.  
 Der Ausschuß.

**Allgem. Volksbelustigung**  
**Karussell Schiffschaukel Verlosungen.**

**Ostelsheim.**  
 Der hiesige  
**Radfahrer-Verein**  
 hält am kommenden  
 Sonntag, den 26. Juni 1921 ein  
**Sommer-Fest**  
 verbunden mit  
**öffentlichem Rennen**  
 ab. Hiesig laden wir Freunde und Gönner der  
 Sache freundlichst ein.  
 Beginn der Rennen um 6 Uhr morgens.  
 Festzug 1 Uhr mittags.  
 Der Ausschuß.

**Hochzeits-Einladung.**  
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
 Bekannte zu anher am Samstag, den 25. Juni  
 1921, stattfindenden

**Hochzeits-Feier**  
 in das Gasthaus zur „Traube“ in Altensteig  
 freundlichst einzuladen.  
**Otto Wittus, Altensteig.**  
**Julie Schmierle, geb. Schnauffer, Calw.**  
 Kirchgang 1 Uhr.  
 Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung  
 entgegenzunehmen zu wollen.

**Bruchleidende**  
 Sie brauchen Ihr drückendes Federband u. nutzloses Gummiband nicht mehr. Ich biete Ihnen meine  
**patentierete Erfindung,**  
 das einzige Band, das den Bruch von unten heranzurück-  
 hält. Ohne Feder! Kein Drücken. Sicher und un-  
 fähig im Tragen. Tausende im Gebrauch. Garantie.  
**Dr. Winterhalter, Zirksgarten-straße 2, Halle a. S.**  
 Mein Vertreter ist in Calw nur Montag  
 27. Juni vormittags von 8-11 Uhr im Hotel „Alder“.  
 Warnung vor minderwertigen Nachahmungen.

**Fahrpläne**  
 für den Bezirk Calw  
 erhältlich das Stück zu  
 50 Pfg. in der Geschäfts-  
 stelle dieses Blattes.

**Bett**  
 sowie ein  
**Bettrost mit Keil.**  
 Bizer, Hotel Adler,  
 Himerhaus.  
 Althengstett.  
 Ein 8 Wochen reichliches  
**Mutter-schwein**  
 verkauft  
 Chr. Morof.

**Nr. 145.**  
 Erziehungswelt:  
 Kellner Nr. 2. —

**Zur Lag**  
 Am das  
 Paris, 25. Juni.  
 Zogen des Monats zu  
 alliierten Abstimme-  
 schlag der Kommission  
 haben, der, nach dem  
 treten werde.  
**Die Pläne zur**  
 Berlin, 24. Juni.  
 Kommission ist nach M  
 teralliierte Kommission  
 schlesien zu liquidieren.  
 Polizei und der Aufstel-  
 feien von der Kommissi-  
 den. — Der oberste  
 aus Dppeln, daß der  
 gearbeitete Plan der R  
 und den deutschen Se  
 angenommen worden s  
 augenblicklich nur bezu  
 mit Korfanth verhande  
 Berlin, 25. Juni.  
 dem von den Injurz  
 räumten ober-schlesisch  
 daß die Truppe aus  
 solle. Auf je 100 G  
 Polizeigewalt ausgef  
 der Polizei ist von de  
 worden.  
 Berlin, 25. Juni.  
 nen die Verhandlungen  
 über die Räumung D  
 ler der Kommission, Q  
 quartier nach Dppeln  
 Aufstören wie mit ein  
**Erneuter deutsch**  
**des Aufstand**  
 Berlin, 24. Juni.  
 schafterkonferenz eine  
 Paris und Rom über  
 füllung von Nachrichte  
 polnische Armee den  
 unterstützt. Ausfagen  
 zum Teil aufgenommen  
 the German fighting  
 Gesallenen abgenomme  
 Material der Anlage  
 Streben der polnischen  
 polnische Aufstandsbe-  
 schen erhebt die deut  
 gegen die Unterstützu-  
 durch Dienststellen un  
 lacht dringend, daß di  
 rung der ober-schlesisch  
 teil polnischer Soldate  
 die Grenze ein Ende  
 letzten Regierungen na  
 nur verschleierte Unter-  
 sagt wird.  
**Die polnischen**  
 Kattowitz, 24. Juni  
 Polen an der deutsch  
 haben, um sie im geg  
 den. Bisher sind die  
 Konzeßpolen und P  
 kleidet und auf diese  
 durch man die „spon  
 Fälle aber sind auch  
 soll getroffen werden  
 Ober-schlesien eingreif  
 gen genaue Angaben  
 der Grenze vor.  
**Fortdauer**  
 Berlin, 25. Juni.  
 angelegtes“ aus Rhön  
 wegen der Explosion a  
 eine Kontribution von  
 bis heute abend 6 U  
 der wohlhabendsten  
 falls die gefordert.